

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
bei Abholung von unten Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Ausreiter in
der Stadt und auf dem Lande außerdem Postgebühren; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Beitraggeb. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags.
— Wiederdruck ohne Originalanmeldung ist nur mit beständiger Danksagung gestattet.
— Für Rückgabe unangelegter Einlieferungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
Sseitig. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile über deren Raum für Merseburg und umdore
Umgebung 10 Pf., für die Zeile 20 Pf., auswärts pro Seite
20 Pf., im Restland 40 Pf. Bei längerem Satz entsprechender Ermäßigung.
Besuche für Einzelabnehmer für Wochenblätter und Osterausgaben
besondere Berechnung, nach abwärts mit Berücksichtigung der Zeitungsart Merseburg.
— Rannachzeit für größere Werbeflächen bis zum Ende vorher; kleinere
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 40.

Donnerstag den 17. Februar 1910.

36. Jahrg.

Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses begann am Dienstag vormittag ihre Beratungen. Man beschloß, zwei Reden abzugeben. Zunächst wurde über den ersten Satz des freisinnigen Antrages zu § 4 verhandelt, der die Einführung des gleichen Wahlrechts verlangt. Im Zusammenhang damit wurde ein sozialdemokratischer Antrag zur Diskussion gestellt. Das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab und fordert die Regierung auf, sofort eine neue Vorlage einzubringen, die erstens die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und zweitens eine Neueinteilung der Wahlkreise vorsieht.

Im Verlaufe der Diskussion zog der sozialdemokratische Redner seinen Antrag vorläufig zurück, da dessen Behandlung geschäftsordnungsmäßig an dieser Stelle nicht zulässig erschien. Der freisinnige Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts wurde damit begründet, daß das plutokratische System des preussischen Wahlrechts immer lächerlicher in der Erscheinung getreten ist, so daß sich ja die Vorlage selbst jetzt bemähe, gewisse Auswüchse zu beseitigen. Zunächst führten diese neuen Bestimmungen aber nur neue Ungerechtigkeiten herbei, da jede Hervorhebung eines privilegierten Wählers aus dem Kreise der Gebildeten oder Beamten eine Herabdrückung zahlreicher anderer gegenüberstelle. Wollte man einmal die Ungerechtigkeit als Kriterium eines größeren Wahlrechtes hinstellen, so wäre ein vielleicht mit Ach und Krach gemachtes Examen der allerhöchsten Klasse, Gewerbetreibende und Arbeiter würden auf das Leichteste durch die Vorlage in ihren Rechten bedrückt. Der Gerechtigkeit entsprechende allein das gleiche Wahlrecht.

Seitens des Redners der Zentrumsparlei wurde die Erklärung abgegeben, daß diese einmütig für den freisinnigen Antrag stimmen werde. Redner gab eine Übersicht über die Wahlsysteme in den verschiedenen Ländern, die dem Protokoll angehängt werden soll. Gegen den freisinnigen Antrag sprach der Redner der Konservativen, der auf die im Plenum gegebene Begründung verwies. Der nationalliberale Redner lehnte den Antrag mit dem gleichen Hinweis ab. Bei der Entscheidung des preussischen Staatsrats sei es nicht richtig, das preussische Wahlrecht dem Reichswahlrecht gleich zu gestalten. Auch der konservative Redner bekämpfte den Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts. Hieraus entspann sich eine längere Debatte zwischen dem sozialdemokratischen Vertreter und den Mitgliedern der Zentrumsparlei. Ersterer machte dem Zentrum den Vorwurf, daß es nicht mit genügendem Eifer für das gleiche Wahlrecht eintrete. Das Zentrum habe sehr gut die Möglichkeit, durch politischen Druck die Konservativen und Nationalliberalen dahin zu bringen, daß sie ihre ablehnende Haltung aufgeben. Nachdem noch der Vorschlag für den Antrag gesprochen, wurde der Antrag mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Zufällig waren zwei nationalliberale Abgeordnete bei der Abstimmung nicht zugegen, welche nachher erklärten, daß im Falle ihrer Anwesenheit gleichfalls gegen den Antrag gestimmt haben würden. Für den Antrag stimmten die Freisinnigen, das Zentrum, der Sozialdemokrat und der Volk.

Die Kommission trat hierauf in die Erörterung des zweiten Satzes des freisinnigen Antrages ein, welcher die geheime Abstimmung fordert. Einer der Antragsteller begründete ihn mit dem Hinweis auf den Druck, welcher von den verschiedenen Seiten bei der öffentlichen Wahl auf die abhängigen Elemente ausgeübt wird. Hunderttausende von Beamten und Millionen von Arbeitern ständen in einem solchen Abhängigkeitsverhältnisse. Durch den Zusammenschluß der Sozialdemokratie und die Koalition der Arbeiter sei dazu ein Druck von unten her gekommen, der sich insbesondere gegen Handwerker und abhängige Kauf-

leute, sowie gegen Gastwirte richte. Wollte man wirklich in der Wahl den Ausdruck der Stimmung des Volkes und namentlich derjenigen Kreise haben, die schaffend im Leben stehen, so müsse man bei dieser Gelegenheit unbedingt die geheime Abstimmung fordern. Von freikonservativer Seite wurde betont, daß die vorgebrachten Gründe für die Einführung der geheimen Abstimmung nicht schwerwiegend genug seien. Es sei richtig, daß in den Städten in neuerer Zeit die mittleren Klassen und die Gewerbetreibenden bei den Wahlen durch die Sozialdemokratie bedrückt werden. Redner regte an, diesem Mangel in anderer Weise entgegenzutreten. Der Redner des Zentrums erklärte kurz, daß seine Partei geschlossen für das geheime Wahlrecht eintreten werde. Die gleiche Erklärung gab der nationalliberale Redner ab. Auch er wies darauf hin, daß sich vielfach neue Abhängigkeitsverhältnisse herausgestellt hätten, und daß heute in weitem Maße der Arbeiter durch seine Organisation mehr geschützt sei, als die Kreise des Mittelstandes. Auch die Parteien, welche bisher an der öffentlichen Wahl festgehalten hätten, würden sich nichts vergeben, wenn sie angehts der veränderten Verhältnisse für die geheime Wahl stimmen würden. Der Regierungsvorredner erklärte, daß die Staatsregierung an der Erklärung des Ministerpräsidenten im Plenum mit Entscheidung festhalte. Für die öffentliche Wahl erklärte sich der Vertreter der Konservativen. Der sozialdemokratische Redner betonte den scharfen Druck, der von oben ausgeübt werde. Seitens des freisinnigen Redners seien Beweise für den Druck von Seiten der Sozialdemokratie nicht erbracht. Wichtig sei, daß die Sozialdemokraten von den Gewerbetreibenden, bei denen sie laufen, verlangten, daß diese nicht gegen die Interessen der Arbeiter stimmen. Dazu gehörten gar keine Organisationen des Boykotts mehr, der Arbeiter wisse bereits selbst, was er in diesem Sinne zu tun habe. Der Standpunkt der Konservativen sei ein rein egoistischer. Der polnische Vertreter schloß sich den freisinnigen Ausführungen an. In Überschießen sei gerade auch der Arbeiter in der Industrie und der Gewerbetreibende von dem Druck von oben beeinflusst. Ein freisinniger Redner erwiderte dem Sozialdemokraten, daß dieser ja in seiner eigenen Rede Beweise für den sozialistischen Terrorismus gegeben habe. Außerdem sei ja bekannt, daß sich die Vorgesetzten der sozialistischen Frauenbewegung direkt zu dem Terrorismus bekann haben. Die Abstimmung ergibt die Ausnahme des freisinnigen Antrages auf Einführung der geheimen Abstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen. Für den Antrag stimmten geschloßlich die Freisinnigen, Nationalliberalen, das Zentrum, der Sozialdemokrat und der Volk.

Hierauf trat eine Mittagspause ein. Am Nachmittag wurde zu § 8 ein Antrag des Zentrums welcher die Grenze der Wählbarkeit vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabsetzen will, mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde der Vorschlag der Regierung erörtert, an Stelle der bisherigen indirekten Wahl die direkte Wahl zu setzen. Die Konservativen haben hierzu den Antrag eingebracht, daß die Abgeordneten, wie bisher, von Wählmännern gewählt werden sollen. Der Redner der Konservativen lehnte es ab, an den Grundlagen des bisherigen Wahlrechts zu rütteln. Der Regierungsvorredner verteilte die Vorschläge des Entwurfs. Einem Wunsch der Konservativen gemäß wurde nach längerer Debatte über diese Frage verdeckt nicht abgestimmt, da die Konferenzen erklären, daß der Weitergang der Beratung für sie die Entscheidung bringen werde, ob sie schließlich für die direkte oder indirekte Wahl stimmen können. Hierauf wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vormittag verlagert, an welchem Tage die Plenarberatung ansteht. Die Kommission wird beim Plenum beantragen, daß auch in der nächsten Woche der Dienstag und Donnerstag für die Sitzungen der Kommission frei bleiben.

Zur Wahlrechtsvorlage.

In Hirschberg fand kürzlich eine große liberale Versammlung statt, in der einstimmig folgende Reso-

lution angenommen wurde: „Die am 11. Februar in Hirschberg überaus zahlreich versammelten liberalen Wähler aus Stadt und Land sind empört und enttäuscht über die den politischen Herrschaftsgelassen einer kleinen Minderheit des Volkes entsprechenden Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung. Sie empfinden die in der Vorlage angeführten „Gründe“ für die Beibehaltung der allerpolitischen Moral höhnisch-sprechenden öffentlichen Stimmgabe geradezu als eine Verpötlung des nahezu einmütigen dringenden Verlangens des Volkes nach geheimer Stimmgabe. Ein Wahlrecht, von dem die große Mehrheit des Volkes nicht frei und ohne schwere Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz Gebrauch machen kann, ist völlig wertlos, entzieht die Massen und gibt nur ein Zerstückeln der wahren Meinung des Volkes. Nicht minder verwerflich, als die Stimmgabe zu Protokoll, ist die von der Regierung vorgesehene Schaffung neuer Privilegien und die durch nicht gerechtfertigte Bevorzugung vereinzelter willkürlich herausgehobener Bevölkerungsklassen. Sie befürchtet, daß dadurch der Klassenzerklüftung und Klaffen Verhängung des Volkes noch weiter Vorschub geleistet wird. Die Versammelten erklären in der Vorlage, die auch sonst die Forderungen der liberalen Bevölkerung fast völlig unberücksichtigt läßt, eine Verschärfung des herrschenden Wahlrechts und empfehlen der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des Landtages deshalb, die Vorlage gänzlich zu verwerfen.“

In Hirschberg tagte am Sonntag eine von dem Verein Waldeck einberufene und von etwa 500 Personen besuchte Versammlung, in der Herr Hermann Schöler aus Charlottenburg über die Wahlrechtsfrage sprach. Die Versammlung legte scharfen Protest gegen die Vorlage ein und beschloß einstimmig folgende Resolution: „Die Versammlung protestiert gegen die preussische Wahlrechtsvorlage, da sie nur ein Zerstückeln der berechtigten Forderungen des preussischen Volkes bietet.“ — Der anwesende nationalliberale Reichstagsabg. Dr. Conze erklärte sich in einer Rede mit der Resolution vollständig einverstanden.

Der Verein der Freisinnigen Volkspartei zu Dortmund nahm dieser Tage zur preussischen Wahlrechtsvorlage nach einem Referat des Vorsitzenden Justizrater Dopner einstimmig folgende Resolution an: „Der Verein der Freisinnigen Volkspartei Dortmund erachtet die freisinnigen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses, bei Beratung der Wahlrechtsreformvorlage vor allen Dingen dahin zu wirken, daß die geheime Stimmgabe und eine der Bevölkerungszunahme und Bewegung entsprechende Einteilung der Wahlkreise in die Vorlage Aufnahme findet, sowie eine gerechtere Klassifizierung der Wähler — sofern eine solche überhaupt nicht zu umgehen ist — eintritt; die Vorlage ist rundweg abzulehnen, wenn diesen Forderungen nicht entsprechen werden sollte.“

In Eberswalde sprach in einer gut besuchten Versammlung Herr Landtagsabg. Dr. Schöpp über die Einigung und Aufgaben der freisinnigen Parteien. Den Hauptraum nahm natürlich dabei die Wahlrechtsfrage ein. Den Entwurf der Regierung bezeichnete der Redner als unannehmbar. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierungsvorlage für jeden Liberalen als unannehmbar bezeichnet wurde und neben der Neueinteilung der Wahlkreise besonders die Einführung der geheimen Abstimmung gefordert wurde.

In einer nationalliberalen Versammlung zu Breslau betonte Abg. Paasche, daß er die Wahlrechtsvorlage ohne weiteres ablehnen würde. Die Forderung der geheimen Wahl müsse aufrecht erhalten werden, wenn man auch das Reichswahlrecht für Preußen nicht erhalten werde. An der jetzigen Wahlrechtsvorlage sollte man eine wirkliche Besserung herbeiführen, damit der Sozialdemokratie in diesem wasserreichen Winter nicht noch mehr Wasser auf die Mühlen geliefert wird.

Mehrere inaktive preussische Staatsminister und Staatsminister der Bundesstaaten sowie viele in der Öffentlichkeit stehende Persönlichkeiten, etwa 300 an der Zahl, haben sich dem Komitee angeschlossen.

(Graf von Wallwitz.) Daß der deutsche Gesandte in Brüssel Graf von Wallwitz aus dem Reichsbüro ausscheidet, bestärkt jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“, indem sie seine Demission mit seinem „Gesundheitszustand“ motiviert. Zu seinem Nachfolger ist der Gesandte und Vortragende Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von Flotow in Aussicht genommen. Er wird im Auswärtigen Amt durch den königlichen Gesandten in Weimar Grafen Botho von Wedel ersetzt werden.

(Zum Vizepräsidenten der Provinz Brandenburg) ist an Stelle des in den Angelegenheiten der bürgerlichen Geheimen Rats v. Voelbel der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft usw., der Wirkliche Geheimer Rat v. Conrad ernannt worden. v. Conrad ist am 13. Mai 1852 geboren. Er wurde 1895 als Hilfsarbeiter in das Landwirtschaftsministerium berufen, während er vorher Landrat im Kreise Flatow gewesen war. 1899 wurde er Regierungsrat in Bromberg, anderthalb Jahre später Chef der Reichsanstalt als Nachfolger des Herrn v. Wilmsowki. Im September 1904 erfolgte seine Ernennung zum Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Von 1888 bis 1899 war Herr v. Conrad Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses als Vertreter des Wahlkreises Flatow-Deutsch Krone. Schiffsverdienstlich gehört er der deutschkonfessionellen Partei an.

(Romitalienische Generalkonsul in Moskau) erhielt der italienische Minister des Auswärtigen eine Depesche, in welcher mitgeteilt wird, daß der italienische Konsul von Hodeba mit den Leichen der Forschungsreisenden Benozzi und Dr. Burchard aus dem Innern des Landes nach Moskau zurückgeführt sei. Die beiden Leichen werden aus dem Kanonenboot „Arcadia“, das sich schon in den Gewässern von Moska befindet, eingeschifft werden.

(Bei der Reichstagswahl) im Wahlkreise Köln 6 (Wülheim-Gummersbach-Wipperfleth) haben am Dienstag erhalten Oberlandesgerichtsrat Marx (Ztr.) 20 367 Stimmen, Schriftsteller Erdmann (Soz.) 10 927 Stimmen, Rechtsanwalt Jall (natl.) 8461 Stimmen, Pfarrer Hoemann

(Hüffel-Bez.) 1124 Stimmen. Zerplittert waren 32 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen Marx und Erdmann erforderlich.

Nachlässe von den Straßendemonstrationen.

Auch in Neumünster ist es zu blutigen Zusammenstößen am Sonntag gekommen. Da die Menge nicht aufweichen wollte, machte die Polizei von ihrer Waffe Gebrauch, und mehrere Personen wurden sehr schwer verletzt. Der fünfzigjährige Arbeiter Theßmann, Vater von vier Kindern, erhielt nach dem „Berliner Tagebl.“ einen Hieb in den Rücken, der die Lunge bloßlegte und mehrere Rippen brach. Er soll bereits gestorben sein. Ein zweiter Arbeiter, dessen Name nicht festgelegt ist, wurde angeblich ebenfalls tödlich verletzt. Er liegt im städtischen Krankenhaus. Dem Arbeiter Finster wurde durch einen Säbelschlag die linke Hand fast vom Arm losgeschlagen. Eine schwere Handverletzung erlitt auch der Tuchmacher Grauel; er wird voraussichtlich ebenfalls den Verlust der Hand zu beklagen haben. Einem anderen wurde das rechte Ohr abgehauen. Außerdem erlitten etwa vierzig Personen leichtere Verletzungen. Einer ganzen Reihe von Leuten wurden die Kleider zerissen. Sämtliche Ärzte hatten den ganzen Abend über mit dem Verbinden der Wunden zu tun. Nach Meldungen von anderer Seite hat es indessen tödliche Verwundungen nicht gegeben.

Aber eine sozialdemokratische Demonstration gegen den preussischen Gesandten in München wird den Blättern ameldet: Am Montagabend fand im Münchener Hotel Büu eine sozialdemokratische Protestversammlung statt, an der etwa 5000 Menschen teilnahmen, gegen etwa 1000 Wächter unter Sämen und Singen über die Ludwigbrücke zu der preussischen Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße. Dort wurden Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht. Ein Schugmannsangebot mit dem Polizeipräsidenten wurde mit Hohnrufen empfangen. Die Schugleute waren an Zahl so gering, daß sie machtlos waren. Der Zug verlief sich allmählich, und etwa 150 Leute zogen durch den Holzgarten vor die Residenz. Dort waren verirrte Schugleute aufgeheilt. In der Ge-

sandtschaft hatte man von der Demonstration nichts bemerkt, da man bereits zu Bett gegangen war. — Am Dienstag vormittag strahlte Polizeipräsident Freiherr von der Heyden dem preussischen Gesandten v. Schläger einen Besuch ab, um die Demonstrationen der Nacht mit ihm zu besprechen. Mittags wurde der Polizeipräsident zum Prinzregenten in den Hofhofen, um Bericht über die Vorgänge vor der Gesandtschaft zu erstatten.

Selbst Stadttag. Der „Berl. Sozialtag.“ berichtet: „Nach den geistigen sozialdemokratischen Versammlungen in Lichtenberg hielt dort auf dem Wismarplatz der sozialdemokratische Abg. Stadttag den ersten Standpunkt eine Ansprache an die Menge. Beim Gehehen der Polizei brach er seine Rede ab und sagte in der Menge zu verschwinden. Er wurde aber von einem Polizeioffizier festgehalten und wird sich wegen Verstoßes gegen das Versammlungs- und Straßengesetz vor dem Strafgericht zu verantworten haben.“ — Nach den Meldungen anderer Zeitungen werde auch gegen die Abg. Debbow und Fißler wegen Verstoßes gegen das Versammlungs- und Straßengesetz Verhaftungen unter freiem Himmel ohne vorherige polizeiliche Anweisung am 18. Februar ein Strafverfahren eingeleitet werden.

Der sozialdemokratische Abg. Heine, der in einer Demonstrationversammlung am Sonntag in Berlin das Referat übernommen hatte, führte dabei u. a. aus: „Der Politiker muß Geduld haben. Mit Straßendemonstrationen ist nichts zu erreichen, denn politische Gewinne haben sie nicht. Auch der von manchen Genossen befürwortete Generalkrieg würde erfolglos sein. Aber die Wahlforschung darf nicht zur Ruhe kommen. Gemeinsam müssen wir arbeiten mit den Parteien, die uns politisch nahe stehen, freudig alle begrüßen, die mit uns arbeiten wollen an der Verbesserung des Wahlrechts, wenn sie zu anderen Zeiten unsere Gegner sind. Aber Ruhe und Selbstbeherrschung ist für uns heute ebenso notwendig, als bei Verhängung des Sozialistengesetzes, wo wir ähnenfurcht abwärts haben mußten.“ Der „Vorw.“, der sich hat bekümmert, daß sich Genosse Heine in der Tat derartig ausgehört hat, ist über diese Ausführungen sehr unzufrieden. Er bezeichnet es als unerschwinglich, wie Genosse Heine sich in einem solchen Verhalten der Partei gegenüber verhalten hat, und eine der Aktion dienende Veranstaltung dazu mißbrauchen kann, seine Privatmeinung gegen die Parteimeinung zur Geltung zu bringen. Es ist zum mindesten taktlos, eine Aufgabe, die die Partei verlangt, zu übernehmen, nicht um sie auszuführen, sondern um sie zu vereiteln. Einseitige Parteifaktionen müssen überhaupt aufhören, wenn solche Vorgänge allgemein würden.“ Außerdem teilt der „Vorw.“ noch mit, daß Abg. Heine jede Beteiligung an dem Demonstrationszuge abgelehnt hat.

Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.
Wichtigste Unterredungen von freiwilligen, unteroffizieller Vorführung und Schließungen finden nur Dienstags und Freitags, vormittags 10 Uhr, im Bezirkskommando Weisenfels, Zeitstr. 21 a Zimmer Nr. 11, statt.
Beitragss. den 15. Februar 1910.
Königliches Bezirkskommando.

Kleine Wohnung zum 1. April zu vermieten
Neumarkt Nr. 57.

Weisse Mauer 7
ist eine Wohnung von 5 Zimmern, Gas, Zementtrotte und Garten zu vermieten.

Wohnhaus in Merseburg
zu kaufen gesucht. Offerten mit genauerer Beschreibung unter **W H a** d. Exped. d. Bl.

20 Zentner Geißtrob
zu verkaufen Preis **Rs. 15.**

Fettes Schwein
verkauft **Bänders Nr. 21.**

Gebrauchte Hobeibank
zu kaufen gesucht.
Friedr. Sauer, Neumarkt 45.

Empfehle von heute Abend ab und morgen
frische Rindstaldonnen.
Baumann, Gottschalkstr. 27.

Behg. unwiderruflich 16 März or.
Königsberger
Lotterie
(Wertlotterie zwecks Errichtung eines Freilichtmuseums)
3397 Gew. w. 50 000 M.
1. Hauptgewinn: 15 000 M.
1 Automobil w. 15 000 M.
Lose a 1 M., 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 30 Pf. extra extra, Porto die Generaldebits
Leo Wolf, Königsberg i. Pr.
Gust. Pfordte, Essen a. Rh.
sowie hier alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Statt Karten.
Elisabeth Wagner
Oswald Claassen
Verlobte.
Merseburg. Eisdorf.

Erkannt
hat beinahe jede Hausfrau, dass heute keine Schuh-Creme existiert, die schöneren Glanz erzeugt und den Schuhen zuträglich ist, wie das jetzt eingeführte **Pilo**.

Seit Jahren litt ich an lästigem Ge-
schlechtsausschlag und
Bartflechte.
Nach Anwendung von **Suders Patent-
Medizinal-Seife** bin ich seit 1/4 Jahren
geheilt. **F. M. in D., a. Str. 60 Pf.**
(15 % ig) und 1,50 Mark (35 % ig,
stärkste Form). Dazugehörige **Suderd
Creme** 75 Pf. und 2 Mk., ferner **Suderd-
Seife** (mild), 50 Pf. und 1,50 Mk. **wei
Wib. Kestlich und Mich. Kupper.**

Evangel.
Arbeiter-Verein.
Sonntag den 20. Februar, abends
8 Uhr,
Vortragabend
im Restaurant „Zur guten Quelle“.
**Thema: „Wege zu wahrer Volks-
bildung“.** Referent: Herr
Exp. Prof. **Wthörn.**
Unser Mitglieder mit ihren Angehörigen
sind wir vollständig zu erscheinen.
Freunde und Gönner unserer Sache
sind willkommen.
Der Vorstand.

Neu! Neu!
Restaurant u. Café
Zum Roland.
Gr. Sigiistr. 7.
1 Russin.
English spoken.
Neu! Neu!

Kaffeehaus Weinschan.
Sonntag den 19. Februar
großes Bodbiertfest
verbunden mit Freizeittagen.
ff. Speckkuchen. Bockmützen gratis.
Hierzu ladet freimüßlich ein
Karl Steinfelder.

Goldener Hahn.
Donnerstag
Schlachtfest.
Heute Donnerstag
Schlachtfest.
**C. Steger, Weisenfels
Straße 40.**

50 Wk
Wochenlohn
oder 50—60 % Provision
erhält jeder, der den Betrieb meiner
Aluminiumschleber u. **Wagen** übernimmt.
Großartige Maschinen, welche garantiert
noch nicht im Handel gewesen sind. Alu-
miniumwaren sind spielend leicht verfahr-
lich. Auskunst und Wurf gratis. Es
verfüme daher niemand anzufahren. Post-
karte genügt.

Schilderfabrik,
Post Erbach i. Besterwald.
Ein Kind wird in gute Pflege genommen.
Wo? fast die Exped. d. Bl.

Einem jüngeren Bädergeheßen
heißt zum 1. März ein
Albert Nizer, Bädermeister.

Tüchtige Köche
und auch Lernende für Damenschneiderei
sucht
B. Mollnau, Sand 16.

Ein Mädchen
sucht per 1. April **Bad Slesau.**

Welt. zuverlässiges Mädchen
für Küche und Hausarbeit per 1. April
gesucht.
Frau Wirth, Halleische Straße 17. part.
Ordentl. Mädchen gesucht. Frau **König,**
Entenplan 4.
Ein Anhängel in Form eines **Buches**
von **Herzberg** verloren gegangen. Bitte in
der Exped. d. Bl. gegen Belohnung abzu-
geben.

Zur Konfirmation

empfehle grosse Neu-Eingänge

**Kouleurter Kleiderstoffe in den neuesten Webarten und Farben,
schwarzer und weißer Kleiderstoffe in bewährten soliden Qualitäten,
neue Gefäße, Application,
Konfirmanden-Jackets, fertige Kleider-Unterröcke, Korsetts,
Handschuhe, Charpes, Wäsche aller Art.**

Besonderer Gelegenheitskauf:

Grosse Posten Roben knappen Massen, für Konfirmanden-Kleider ausreichend, aussergewöhnlich billig.

Otto Dobkowitz, Merseburg,

58 Telefon 58.

11 Entenplan 11.

Militär

Affirmations-Formulare
gibt vorräthig
Buchdruckerei Th. Rössner,
Merseburg, Elgrube 9

Freuzbunde

hat abzugeben
Dittlich, Breite Strasse 22.

Donnerstag abend
frische Rindstaldonnen.
Robert Reichardt.

Heute Donnerstag
Schlachtefest.
Gustav Peuschel, Schmale Strasse 10.

Heute
Schlachtefest
F. Dahn, Unterartenburg 55.

Waschgefässe

repariert schnell und billigst
H. Wengler, Preussenstr. 10.

**Luise Hetzscholdt,
Masseuse, ärztlich geprüft,
Windberg 1.**

Bestellungen werden auch Hausbesuche
Nr. 1 entzogen genommen

Regime mit dem heutigen Tage meine
Schneiderei

wie früher wieder auf und bitte um gütige
Berücksichtigung

Cl. Einfeldt, Hälterstrasse 9.

für intelligenten Knaben, welcher
Offizier die Schule verläßt, wird per 1. April

Stellung im Bureau gesucht.

Gefl. Angeb. unt. **O B** an die Exped. d. Bl.

Chemie-Schutz für Damen

Assacktorcher Frauenberuf.
Prospekte und Näheres durch Fachbesuche
Dr. S. Gärtner, Halle a. S., Mühlweg 29.

Suche für meine Tochter, welche Othron
die Schule verläßt,

leichten Dienst.

Off. unt. **A J 100** an die Exped. d. Bl.

Ein Rinderknädelchen,

welches Othron die Schule verläßt, am
liebsten vom Lande, sucht

Frau Rosch, Riegelstr.

Ein zuverlässiges

Mädchen

sucht zum 1. April
Fr. May, Bismarckstrasse 8.

Züchtiges sauberes Mädchen,

welches schon in verlässlichen Häusern
war, für Küche und Haus zum 1. April
gesucht

Halleische Strasse 55, 1. Et.

Thüringer Hof.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

gross. Bockbierrummel.

Für gebiegene und humorvolle Unterhaltung sorgt das
österreichische Damenorchester „Albinia“.

Entree frei. **Mützen gratis.**

ff. Bockwürstchen mit Sauerkraut.

Reichskrone.

Heute Mittwoch den 16. d. M.

Großer

Carnevalistischer Abend.

Hochachtend **Magdalena Knietsch**

Casino.

Dienstag den 22. Februar

kommen die beliebten Meysel-Sänger

Alles Näheres durch Plakate und Annoncen.

Bergschlösschen.

Am 19. und 20., 26. und 27. Februar

grosses Preiskegeln.

Preise 75, 50, 30 Mk. usw.

Sonnabends Anfang abends 8 Uhr, Sonntags vorm. 11 Uhr
und nachm. 3 Uhr. **Wilhelm Hennicke.**

Recht locker

muß der Kuchen sein, wenn er gut bekommen soll. Man verführe
Dr. Oetker's Gesundheits-Kuchen.

Zutaten: 100 g Butter, 100 g Zucker, 4 Eier, das Weiße
zu Schnee geschlagen, 250 g Weizenmehl, 1 Päckchen **Dr. Oetker's
Backpulver**, das abgeriebene Gelbe einer halben Zitrone,
4 Eßlöffel voll Milch.

Zubereitung: Die Butter rühre zu Schnee, gib Zucker,
Eigelb, Milch, Wehl, letzteres mit dem Backpulver gemischt, hinzu
und unter das Zitronengelb und den Eierföner. Fülle die Masse
in die geformte Form und backe den Kuchen in ca. ¼ Stunden.

Dr. Oetker's Gesundheits-Kuchen
ist sehr leicht verdaulich für Kinder und Kranke. Alle für den
Körper notwendigen Nährstoffe sind in ihm enthalten. Läßt man
solch ein Stück Kuchen in warmer Milch zergehen, so gibt dies
eine vorzügliche Soesse für kleine Kinder.

2 Arbeitsburschen
sotort gesucht. **Ernst Wolf.**

Geübte Kleberinnen
für gefüllt Bodenbentel werden gesucht.
Arthur Kornacker,
Bismarckstrasse-Nabelt.

Suche in gute Stellen
für hier und auswärts Köchin, Stuben-,
Haus- und Kindermädchen.
Frau **Doris Wengler,** Stellenverm.
Preussenstrasse 10

Ein Lehrmädchen
wird zum 1. April gegen Vergütung in
ein Manufakturwarengeschäft gesucht. Off.
unter **O 500** an die Exped. d. Bl. erb.

Zuverlässiges Mädchen
für Küche- und Hausarbeit wird zum
1. April gesucht **Bismarckstrasse 6.**

Jüngeres Mädchen
vom Lande zum 1. April gesucht. Zu er-
fragen in der Exped. d. Bl.

Hausmädchen,
welches bereits gebient hat, zum 1. April
gesucht.
Frau **von Ascheberg,** Bahndorfr. 8.

Ein älteres sauberes
Mädchen

für Küche und Haus zum 1. April gesucht.
Maurerstr. Günther,
Preussenstrasse 22.

Züchtiges Mädchen
zum 1. April gesucht
Wilck, Gerichtsrain 5.

Zum 1. April suche ein ordentliches
sauberes
Dienstmädchen

bei gutem Lohn
Selma Bergmann, Gottardtstr. 19.

Ein ehliches, sauberes

Mädchen,
nicht unter 18 Jahren, per 1. April gesucht
Entenplan 5.

2. Mädchen als Aufwartung
gesucht **Domsprache 5.**

Ein ordentliches Mädchen als
Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht
Breite Strasse 19.

Einige Herren können sich Donnerstags-
Abend noch an einem

Kegeklub beteiligen.

Restaurant „**Zum Bergschlösschen**“.

Unserer heutigen Nummer liegt
ein Prospekt der Firma **Schwela & Seidel,**
Zuchfabrik und Versandhaus in **Spremberg**
R. P. bei

Jetzt eine Billage.

Die nationalliberale Interpellation

über die „Maßnahmen gegen nationalliberale Beamte in der Provinz Posen“ ergab am Montag bei der Besprechung in preussische Abgeordnetenhaus eine eigenartige Situation. Die Nationalliberalen befanden sich in einer scharfen Opposition gegen die Regierung, weil diese — im Verfolg ihrer sonst von den Nationalliberalen durchaus gebilligten, „nationalen“ Politik — jetzt auch einmal die Regierung, „nationale“ Beamte bekämpft hat. Was bei Kattowitz den Nationalliberalen gefagt wurde: die Maßregelung kann sich gegen jede Partei richten, da man nicht weiß, was die Regierung im gegebenen Fall für „nationale Pflicht“ hält, — das hat sich überreichend schnell bewahrheitet.

Es handelt sich um den letzten Wahlkampf in Colmar-Filchne, wo die Nationalliberalen sich erlauben, eine eigene Kandidatur aufzustellen. Da war es nun, nach Auffassung der Regierung, „nationale Pflicht“ für die Beamten, sich an dieser „nationalen“ Kandidatur nicht zu beteiligen, sondern den vom Deutschen Verein aufgestellten Kandidaten, natürlich einen konservativen Herrn, den jetzigen Abg. Ritter, zu unterstützen. Die Regierung ließ durch den Mund des Ministers v. Molke — Herr v. Bethmann hielt es nicht für nötig, die nationalliberale Interpellation durch seine Gegenwart zu beehren — ganz klar erklären, daß die Deutschen in den „national gefährdeten“ Kreisen geschlossen vorzugehen hätten. Wenn Liberale daselbst einen konservativen, der aufgestellt ist, nicht unterstützen wollen, so verlegen sie eben ihre „nationale“ Pflicht, denn der Wahl könnte ja infolge der Stimmzettelverteilung in Stichwahl kommen und dann eventuell gewählt werden. Das zu verhindern, ist aber Aufgabe der preussischen Regierung, die damit ganz offen die Verdrängung von Eingriffen in politische Wahlen für sich in Anspruch nimmt.

Ganz objektiv gesprochen: Die Regierung hat in Colmar-Filchne genau so gehandelt wie in Kattowitz. Wenn man Kattowitz anerkennt, wie die Nationalliberalen leider es taten, so muß man auch Colmar schlußfolgern; wenn die Nationalliberalen dies nicht tun, weil sich der Fall gegen sie richtete, so ist dies nicht sehr konsequent. Wir anderen müssen Colmar natürlich genau so scharf und scharf beurteilen wie Kattowitz. Die Regierungspolitik wurmt im letzten Ende auf die völlige Unterdrückung der Meinungsfreiheit der Beamten hinaus, die bei jeder Wahl eigentlich erst „oben“ höflichst anfragen müßten, ob ein Eintreten für den oder jenen bürgerlichen Kandidaten nicht vielleicht aus irgend einer Erwägung heraus unangebracht sei. Man denke doch an die zahllosen Wahlkreise, in denen die Sozialdemokratie so stark ist, daß sie bei einem nicht einschüchtern Vorgehen der bürgerlichen Parteien stets in die Stichwahl kommen muß! Hier müßte die Regierung, wenn sie schon konsequent sein will, ebenfalls die Beamten zwingen wollen, nur für die eine Partei zu stimmen und zu wirken, die natürlich in den weitaus meisten Fällen die konservative Partei sein wird! Man male sich nur die Konsequenzen aus, und man wird die Ungeheuerlichkeit des Vorgehens der Regierung erkennen, die sich herausnimmt, den Beamten nicht nur die freie Ausübung ihres Staatsbürgerrechts für oppositionelle Kandidaten zu nehmen, sondern die ihnen nun auch noch vorzuschreiben will, für welche der auftretenden, „nationalen“ Parteien die Beamten sich zu entscheiden haben.

Die Freisinnigen können das Totalverhalten der Regierung nur aufs Schärfste verdammen. Es ist in praxi eine amtliche Beaufsichtigung der konservativen Partei und eine völlige Entziehung der Beamten, die mit Notwendigkeit zur inneren Korruption führen muß. In diesem Sinne war auch die Erklärung gehalten, die der Abg. Müller-Sagan im Namen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft abgab.

Das neue Weingesetz.

Mit manchen Folgen des neuen Weingesetzes ist man in Interessentenkreisen sehr wenig einverstanden. So stellt der Jahresbericht der Handelskammer zu Köln fest, daß die durch das neue, zusammen mit einer neuen Weinpolordnung am 1. September 1909 in Kraft getretene Weingesetz bedingte amtliche Untersuchung ausländischen Weines bei der Einfuhr in das Zollinland infolge der durch sie verursachten hohen Kosten und der Verzögerung in der zollamtlichen Weiterbehandlung des Weines zu erheblichen Unzutunlichkeiten geführt habe.

Überaus schädigend für die Interessenten wirkt zunächst die Verzögerung, die in der zollamtlichen Weiterbehandlung des in das Inland eingeführten Weines infolge der vorgeschriebenen amtlichen Untersuchung eintritt. Es ist in

unserm Bezirke vorgekommen, daß trotz dringlicher wiederholter Vorstellungen die Untersuchung sich während eines Zeitraums von fast zwei Wochen hinzog. Es bedarf wohl kaum der Betonung, welcher Schaden vor allem in der letzten Jahreszeit die längere Lagerung des Weines in den Zollschuppen, wo er der Einwirkung der wechselnden Temperaturverhältnisse ausgesetzt ist, entgegen kann, ganz abgesehen von den Unannehmlichkeiten, die damit verbunden sind, daß der Importeur während eines so langen Zeitraums nicht über seine Ware verfügen kann, auch vollständig im ungenüßigen liegt, welche Zeit schließlich durch die Untersuchung in Anspruch genommen wird. Diese Mängel läßt man in wirksamer Weise dadurch beheben werden, daß neben den für die Untersuchung nach den getauenden Bestimmungen allein zuständigen öffentlichen Nachzugsmitteluntersuchungsbüros auch alle öffentlich betriebenen Handelsämter zur amtlichen Untersuchung zugelassen werden. Es ergeben sich dadurch ungeschädigt den öffentlichen Untersuchungsbüros ein Monopol auf die Untersuchung der ausländischen Weine zu erteilen, wenn damit so schwere Schädigungen der Interessenten verbunden sind, wie sie jetzt allenthalben in die Erscheinung treten. . . .

Eine zweite nicht minder wichtige Folge des neuen Zustandes, gegen die sich die Beamten bei der Interpellation erließen, ist die ungenüßige Belastung des Weinhandels mit Untersuchungskosten sowie der Verschwendung, die in dieser Hinsicht an den verschiedenen Wägen im Inlande herrscht.

Der Finanzminister hat auf eine Eingabe der Kölner Kammer hin mitgeteilt, daß die Oberzoll-direktionen angewiesen sind, im Bedürfnisfalle außer den ein für allemal zugewiesenen Stellen vorübergehend auch andere geeignete, auf das Zollinteresse verbedigte amtliche Nachzugsmittelchemiker mit der Untersuchung von Weinen zu beauftragen. Auch solche Erörterungen zwecks Herabsetzung der Gebührenhöhe und Vereinfachung der hierin bestehenden Ungleichheiten in die Wege geleitet sein.

Deutschland.

(Konservative Agitation in den Schulen.) Die „Thorn. Ztg.“ berichtet von einem Vorgang, der zeigt, mit welcher Unbeugbarkeit die Konservativen auf den Lehrstuhl ausgehen. Sie reist mit, daß ein Herr Sönnchen in den letzten Tagen in Thorn von Schule zu Schule gefahren ist, um die Lehrer zu allem seligmachenden konservativen Partei zu bekehren. Während sein Wagen draußen hält, sucht Herr Sönnchen jeden der Lehrer einzeln auf und bearbeitet ihn nach allen Regeln der Kunst. Das genannte Blatt ist mit Recht über diese politische Agitation in Schulgebäuden während der Dienststunden der Lehrer aufs äußerste empört und macht insbesondere darauf aufmerksam, daß eine derartige Methode einer PreSSION sehr ähnlich ist, da der Lehrer glauben muß, daß der konservative Agitator sich vorher der Genehmigung der maßgebenden Stellen im Provinzialschulcollegium oder im Ministerium verschert hat. Obwohl wir von der konservativen Agitation manches gehört sind, schreibt die „Frei. Ztg.“, möchten wir vorläufig, wenn sich die Nachricht der „Thorn. Ztg.“ bestätigen sollte, nur glauben, daß es sich hier um den Abreiser eines ungeschickten Partisanen handelt. Auf jeden Fall aber müßten durch die Behörden die Lehrer vor solchen Verleumdungen geschützt werden und müßte die konservative Partei eine derartige unzulässige Propaganda energisch desavouieren.

(Zur Beschlagnahme russischer Guthaben) teilt der Vertreter des Herrn Helffeld, Justizrat Michaelis, zur Richtigstellung der Merseburger amtlichen Veröffentlichung folgendes mit: Am 15. Dezember 1909 war das Bankhaus Mendelssohn u. Co. durch mich von der bevorstehenden Pfändung eines Guthabens des Fiskus des russischen Reiches gemäß § 845 C.P.D. benachrichtigt. Die Zustellung des gerichtlichen Pfändungsbeweisungsbeschlusses vom 15. Dezember ist am 16. Dezember erfolgt. Aber die internen Verhandlungen und Korrespondenzen zwischen dem Bankhaus der russischen Regierung und der russischen Botschaft hier ist mir nichts bekannt. Diese internen Beziehungen sind auch auf die Sachlage ohne Einfluß. Am 20. Dezember 1909 gab mir das Bankhaus Mendelssohn u. Co. schriftlich zur Beantwortung der drei in § 840 C.P.D. vorgeschriebenen Fragen wörtlich folgende Erklärung ab: „Ein Guthaben des Kriegsministeriums besteht nicht, wohl aber ein Guthaben des Finanzministeriums in der angegebenen Höhe. Wir werden nicht zahlen. Wir halten die Pfändung des Guthabens fremder Staaten für unzulässig.“ Am 30. Dezember 1909 hat das Bankhaus Mendelssohn beim Amtsgericht Berlin-Mitte sowohl eine Genehmigung wie eine Beschwerde gegen den Pfändungsbeschluss vom 15. Dezember 1909 eingereicht. Soweit die heute veröffentlichte Darstellung hieron abweicht, ist sie unrichtig. Aus der amtlichen Veröffentlichung könnte der Schluss gezogen werden, die Beschlagnahme des Guthabens sei aufgehoben. Diese

Ansicht ist aber unrichtig: die Beschlagnahme besteht nach wie vor.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 16. Februar.) Der Reichstag setzte am Dienstag die erste Beratung des Kattogesezes fort. Es kamen noch einige Redner zu Worte, die jedoch wesentlich neue Gesichtspunkte nicht in Debatte brachten. Von Interesse war (es gilt die Klage) die Rede des Abg. v. Dautenberg (Wf.), der genauere Angaben über das Vorgehen des vormaligen Herrn Schmidmann machte und dabei auch erklärte, daß Schmidmann amerikanischer Staatsbürger sei. Dann wurde der weiteren Beratung durch einen Schlußantrag ein Ende gemacht und die Vorlage einer beauftragten Kommission von achtundzwanzig Mitgliedern überlesen. Darauf trat das Haus in die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Stellenvermittlungswesens ein. Staatsrat Dr. Beltrück wies in seiner Begründung auf die Bedeutung der Vorlage hin, die den im privaten Stellenvermittlungswesen herangezogenen Wirtschaften durch verordnete Kontrollvorrichtungen für den Staat bereiten soll. Während die Vertreter des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen im allgemeinen durchaus mit der Vorlage einverstanden waren, der Abg. Pfeiffer (Ztr.) sogar eine viel zu weitgehende Beschränkung der Regierung für vorliegend erachtete, warnte der freisinnige Abg. Wang e indringlich davor, auf dem Wege der vielen Verordnungen fortzuschreiten und hier wieder ein Gewerbe zu erschaffen. Obgleich die Freisinnigen eine Partei für partiell öffentliches Stellenvermittlungswesen ein, aber er frage mit Recht, wie sich ein solcher Gegenstand mit dem Griffe der Mittelstandspolitik vertragen, den die Herren von der Rechten und vom Zentrum doch sonst in Acht genommen haben. Immerhin stellte der freisinnige Abg. die Mitwirkung seiner Partei an der endgültigen Festlegung der Vorlage in der Kommission fest. Nach weiterer ungenüßiger Debatte ging die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Darauf vertagte sich das Haus. Am Mittwoch steht das Arbeitstimmer und das Haus arbeitsfähig auf der Tagesordnung.

Volkswirtschaftliches.

(Zum Auftreten der Markt- und Kautschukpreise auf dem Berliner Viehbof) schreibt man uns von ungenüßiger Seite: Die amtlichen Untersuchungen des Fleischpreises haben ergeben, daß auch unter dem rücksichtlosen Anstiege des Marktes Befragungen vorhanden sind, woraus also ungewissheit herorgeht, daß schon der letzte Markt versäumt war. Unter diesen Umständen ist es leider wahrscheinlich, daß auf diese Weise durch in hohem Maße einzelne Seuchenherde nun entstehen werden. Auch in der Provinz wird im Viehtrieb Vieh auf ein einzelnes Fall, der durch Viehplagen bedingt wurde, zwei neue Erkrankungen gefolgt. Es ist bisher nicht gelungen, den Urtprung der Infizierung festzustellen, trotzdem aus amtlicher Stelle eingehende Erhebungen deswegen veranfaßt wurden. Auch darüber, ob die Erkrankungsfälle in der Provinz mit den Erkrankungen auf dem Berliner Viehbof im Zusammenhang stehen, sieht augenblicklich nach jeder Richtung hin ungeschlüsselt aus. Die Ermittlung hofft man jedoch, hierüber in einigen Tagen völlige Aufklärung zu erhalten. — Daß der Berliner Markt durch den Seuchenausbruch eine empfindliche Störung erleiden würde, die sich nicht nur auf die nächsten Tage erstreckt, muß als sicher angenommen werden. Von Seite der Behörden ist jedoch jede mögliche Vorbeugung gewahrt, um eine unglückliche Ausbreitung des Marktes einzuschranken. So ist Befreiung von Vieh nach anderen Geschäftsfeldern zur sofortigen Abfertigung unter amtlicher Kontrolle zugeordnet. Als Seuchenherde war von anderer Seite vom 17. an berichtet worden. Dorthin hat sich, wie die „Abg. Freisinn. Ztg.“ mitteilt, nun der Regierung und Veterinärat im Landwirtschaftsministerium Regierung am Sonnabend begeben, um an Ort und Stelle nähere Untersuchungen zu machen. Der Wirtswirtschaft findet unter solchen Bedingungen wie der letzte Sommermarkt statt. Es ist anzunehmen, daß die Speise für den nächsten Sommermarkt aufgegeben wird.

(Beteiligung Deutschlands an der Ackerbau- und Industrie-Ausstellung in Britisch-Indien.) Im Reichsamt des Innern fand dieser Tage auf Einladung des indischen Ausstellungskomitees für die deutsche Industrie und in Anwesenheit von Kommissaren der beteiligten Reichs- und Staatsbehörden eine Besprechung über die Beteiligung an der vom 10. Januar bis 15. Februar 1911 in Allahabad (Britisch-Indien) stattfindenden Ackerbau- und Industrie-Ausstellung statt. Zunächst hervorzuheben die Industrie-Exposition, welche an den Verhandlungen teil. Zunächst auf das rege Interesse, das sich in den Kreisen des heimischen Gewerbes für die Beteiligung zeigt, wurde beschlossen, innerhalb der Ausstellung eine eigene Deutsche Abteilung zu organisieren. Die Führung der Gehäfte übernimmt als Präsident der deutschen Abteilung das Vorstandsmitglied der „Ständigen Ausstellungs-Kommission“, Herr Dr. Berlin. Als Generalkommissar in Allahabad bestellte die Reichsregierung den Handelsattaché in Calcutta, Herrn Götting.

Provinz und Umgegend.

Halle, 16. Febr. Vor einigen Tagen wurde hier der „Dr. Hen.“ Sonntagshausen aus Hannover festgenommen, weil dieses ersehen, daß er aus einem Berlin-Transfurter D Zuge in Wittfeld eine Handtasche gestohlen habe. Die Ermittlungen haben ergeben, daß man in Hohnitzhausen einen Eisenbahnarbeiter schlimmerer Sorte gefolgt hat. Er hat nach den Angaben seiner Ehefrau auf Reijen von Hannover nach Berlin bezw. Halle und Leipzig

seit langer Zeit eine ganze Menge Diebstähle verübt. Auch wurden in seinem Besitze eine große Menge Sachen und Patent-Hinterlegungscheine von Eisenbahnstationen gefunden, die alle aus Eisenbahn-Diebstählen herrühren. Homrighausen ist der Sohn angegebener Eltern. Obwohl er niemals an einer Unreinlichkeit inhaftiert war, hat er doch seinen eigenen Eltern vorgeschworen, daß er die Staatsprüfung als Chemiker bestanden und er zum Doktor promoviert worden sei. Die Diplome hat er sich selbst angefertigt. Auf Grund der falschen Papiere hat er sich als Chemiker und Doktor verheiratet. Die Wittigst seiner Ehefrau in Höhe von 20000 M. hat er mit Dienen in München und Frankfurt bald verjubelt. Als er kein Geld mehr besaß, wußte er sich keine Mittel aus Eisenbahn-Diebstählen zu verschaffen.

† Weissenfels, 16. Febr. Die landwirtschaftliche Kreisverwaltung lehnte in ihrer Jahresversammlung die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Leuznau im Kreis Weissenfels ab, da aus dem Kreise in den letzten fünf Jahren nie mehr als etwa 20 Schüler landwirtschaftliche Schulen besuchten. — Die genossenschaftliche Viehwirtschaft des Kreises hat sich auch im zweiten Jahre ihres Bestehens vorzüglich entwickelt. Das 124 Morgen große Gelände soll besäht um 16 Morgen vergrößert werden.

† Erfurt, 16. Febr. Die Stadtverordneten beschloßen, eine Verlängerung des Vertrages der Stadt mit der Dessauer Gasgesellschaft auch unter günstigeren Bedingungen als bisher abzuschließen und die bisherigen Gasanstalten mit Ablauf dieses Jahres für den schließlichen festgesetzten Kaufpreis von 4 1/2 Millionen Mark zu erwerben. Die Dessauer Gasgesellschaft hatte sich erboten, bei einer Verlängerung des Vertrages um 16 Jahre ihre jährlichen Abgaben an die Stadt um 100000 M. zu erhöhen.

† Cöthen, 15. Febr. Ein folgenschwerer Zugzusammenstoß ereignete sich gestern abend gegen 11 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe. Der um diese Zeit aus Alten kommene Güterzug fuhr auf den noch im Einfahrtsgleise stehenden, kurz zuvor aus Trebbichau eingelaufenen Kohlenzug auf. Da kurz vor der Station eine erhebliche Steigung zu überwinden ist, fuhr der Zug mit voller Kraft; der Zusammenstoß war demgemäß ein sehr heftiger. Die Lokomotive des Güterzuges wurde schwer beschädigt, fünf Wagen zertrümmert und ineinander geschoben. Menschen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Die gesparten Güter konnten erst in Laufe des heutigen Tages freigegeben werden. Allen Anschein nach ist der Unfall auf ein Versehen zurückzuführen.

† Magdeburg, 16. Febr. Zur Gründung eines Verbandes der Jünglings-Krankenkassen findet hier am Montag, den 21. Februar, eine konstituierende Versammlung statt, zu der Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erscheinen werden. — Der Ausschuss für die Magdeburger Woch' teilt mit, daß bei dem von ihm geplanten Olympiapark auch an den Nobelsport Gedächtnis- und eine Rodelbahn vorgesehen ist. Die Anschaffungen für das 50000 Zuschauer fassende Stadion werden die Anlage eines Sees notwendig machen, der durch die Entnahme der für die künstliche Gehirnanlage erforderlichen Erdmassen unter die Erde des Wolf-Mittag-SeeS erhällt.

† Leipzig, 16. Febr. König Friedrich August beschäftigte gestern in Leipzig die Garnison und das Garnison-Lazarett, wohnte Vorlesungen in der Universitäts- und Studentenversammlung im Komvot, sowie einer Übung der Leipziger Feuerwehr bei und besuchte eine Zigarrenfabrik. Der Abend war einer Vorstellung im Neuen Theater und einer Abendgesellschaft bei dem Kreisoberhauptmann gewidmet.

† Dresden, 16. Febr. Der 20jährige Kaufmannssohn, Brandstifter und Einbrecher Heinze wurde gestern vormittag gefesselt vom Landgericht an den Ort der Mordtat im Schönen Grund gebracht, wo Heinze zeigte, wo er auf den von ihm ermordeten Lehrling Hüh gewartet und wie er dann die Tat auszuführen habe. Mit einer seltenen Dreistigkeit schilderte Heinze alle Einzelheiten der Tat, ohne eine Spur von Reue an den Tag zu legen.

† Plauen (Vogtl.), 15. Febr. Beim Rodeln auf der steil abfallenden Landstraße zwischen Buchwald und Mühlwand verlor der 29jährige Richter Gläser die Gewalt über seinen Schlättler und fuhr mit voller Gewalt gegen einen Baumstamm, daß ihm der Kopf zertrümmert wurde. Er war sofort tot. Ein mit ihm fahrender Freund blieb unverletzt. Der Verunglückte war Familienvater.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 16. Februar 1910.

** Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen. Unterrichtsreferat für landwirtschaftliche Maschinenführer. Auf Anregung des Ausschusses für landwirtschaftliche

Maschinenwesen soll in der Zeit vom 28. Februar bis einschließlich 5. März an der Zentralanstaltstelle ein Kursus stattfinden zur Unterweisung landwirtschaftlicher Maschinenführer bzw. Vorarbeiter über Bau, Arbeitsweise, Handhabung der wichtigsten landwirtschaftlichen Maschinen. Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt. Die Anmeldungen werden möglichst bald an die Kammer erbeten, und zwar von den Arbeitgebern der anzunehmenden Teilnehmer.

** Gefellenprüfung. Die Prüfung der in Ostern d. J. auslaufenden Lehrlinge hat in der Zeit vom 15. März bis zum 15. April zu erfolgen. Die Lehrlingen, bei welchen die Lehrlinge zu dieser Zeit auslernen und welche einer Innung nicht angehören, erhalten in den nächsten Tagen die Aufforderung, die Gesuche um Zulassung zur Prüfung bis zum 1. März d. J. bei dem zuständigen Prüfungsausschuss einzureichen. Es ist darauf zu achten, daß mit dem Gesuche um Zulassung zur Prüfung die in § 1 der Prüfungsordnung benannten Unterlagen eingereicht werden, besonders der Lehrvertrag. Es dürfen nur solche Lehrlinge zugelassen werden, deren vertragliche Lehrzeit bis zum Prüfungstermin zu Ende ist bzw. welche einen schriftlichen Bescheid der Handwerkskammer vorlegen können, daß sie von der Einhaltung der vertraglichen Lehrzeit dispensiert sind. Jeder Gefellenprüfungstermin ist der Handwerkskammer bis zum 20. März d. J. schriftlich mitzuteilen.

** Zur Leichenverbrennung in Leipzig. Im Januar d. J. ist in Leipzig die Leichenverbrennungsanlage in Betrieb genommen. Die Genehmigung zur Einrichtung erteilt das dortige Polizeiamt der Stadt Leipzig und zwar nur dann, wenn die in § 6 des sächsischen Gesetzes vom 29. Mai 1906 betr. die Feuerbestattung angeführten Nachweise erbracht worden sind. § 6 lautet: Vor Erteilung der Genehmigung hat die Ortspolizeibehörde folgende Nachweise zu erfordern: 1. einen den Todesfall betreffenden Auszug aus dem Sterberegister, bei außerhalb des Deutschen Reiches Verstorbenen eine amtlich beglaubigte Sterbeurkunde; 2. den Nachweis darüber, daß der Verstorbene nach vollendetem 16. Lebensjahre die Feuerbestattung angeordnet hat, oder, sofern er zur Zeit des Todes das 16. Lebensjahr nicht vollendet hatte, oder geschäftsunfähig war (§ 104 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), daß die Feuerbestattung von dem Inhaber der elterlichen Gewalt begehrt wird; 3. den Nachweis über die Todesursache, welche durch übereinstimmende Zeugnisse des behandelnden Arztes und eines an der Behandlung nicht beteiligten gewählten arztbescheidenden Arztes (Belegarzt) festgestellt sein muß. Durch die Zeugnisse und außerdem durch eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeortes muß, sofern die Genehmigung nicht von dieser selbst erteilt wird, dargetan sein, daß jeder Verdacht, es sei der Tod durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, ausgeschlossen ist.

** Militärmusik und Kriegervereine. Die Ziele der Kriegervereine sollen seitens der Truppenteile dadurch unterstützt werden, daß den Vereinen hinsichtlich der Stellung von Militärmusik zu ihren Festen und Veranstaltungen in jeder Weise entgegengekommen wird. Während in allen anderen Fällen für das gewerbliche Spielen der Militärkapellen die mit den Zivilkapellen vereinbarten Mindestsätze maßgebend sind, können die Militärkapellen bei den Kriegervereinen auch zu geringeren Preisen spielen.

** Der Kriegerverein Merseburg und Umgebung hielt am Dienstag nachmittags im Zooli eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach Eröffnung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden, Herrn Gutschloß Bergner v. Braunsdorf, widmete dieser dem verstorbenen Mitgliede Landwirt Saupmann-Wenschau einen Nachruf. Zu Ehren desselben erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Darauf wurde die Prüfung neuer Mitglieder in folgenden vorgenommen. Der Vorsitzende widmete ihnen anerkennende Worte und betonte, daß jeder seine männlichen Dienstboten ausgezahlt werden können. Die neuen Dienstboten, die je ein Diplom und einen Geldbetrag erhielten, sind folgende: Dienstmagd Ida Köhler (6 Jahre beim Gutschloßberg Hermann Förster (Grenpa), Dienstmagd Emma Schilling (5 Jahre beim Gutschloßberg Willy Schilde (Grenpa), Dienstmagd Wilma Wüstenfeld (6 Jahre beim Gmelinerhofs Albert Krausdorf (Knapendorf), Dienstmagd Anna Deparade (6 Jahre beim Gutschloßberg Paul Götze (Knapendorf), Dienstmagd Ida Heide (6 Jahre beim Gutschloßberg Franz Lehmann (Wittenberg), Dienstmagd Emma Weger (5 Jahre beim Gutschloßberg Franz Heine (Wittenberg), Dienstmagd Anna Wenzel (6 Jahre beim Gutschloßberg Buntel Köhler) und am 11. Arbeiterin Wilhelmine Buntel Köhler (31 Jahre beim Gutschloßberg Gustav Köhler (Corbita). — Zum Punkt „Geschäftliches“ wurde zunächst die von der Kammer ausgeschiedene Beamtung hiesiger Wirtschaften erörtert. Herr Curtz, Beamter der Landwirtschaftskammer, legte die Anforderungen dar, die von den Landwirten, die sich gemeldet haben, verlangt werden. Es sind dies vor allem Dinge hinsichtlich der Düngung, Sortenauswahl, Düngermittelwahl, Buchführung und Viehhaltung. Da sich aus dem Bezirk des Bes. ein wohnender und gemeldet hat, forderte der Vorsitzende zur regen Teilnahme auf. Nach Bekanntgabe der weiteren Eingänge hielt Herr Curtz seinen angekündigten Vortrag über die Frühjahrsbekämpfung. Gedanken über die Frühjahrsbekämpfung werden jetzt von jedem Landwirte geäußert. Er besteht sich in der Hauptsache auf die Sorte, Düngung und Bodenbearbeitung. Die Sortenfrage steht in neuerer Zeit im Vordergrund. Wenn in früheren Zeiten die Landwirte sich mehr mit der Düngungs-

frage beschäftigten, so ist man zur allgemeinen Meinung gekommen, daß eine passende Getreideart von größter Bedeutung für die Wirtschaft ist. Der Landwirt soll bei dem Bezug von Saatgut hauptsächlich darauf achten, daß er anerkanntes Saatgut kauft. Die passende Getreideart für eine bestimmte Gegend zu wählen, ist Sache des Landwirts, welche in einem bestimmten Bezirk wohnt. Auf Erfahrungen und überdauernde Prospektive kann der Landwirt nicht bauen, da ihm hierüber keine Garantie geboten ist, ob die betr. Sorten für seine Wirtschaft passen. Nur der selbst ausgesäete Unkraut-Beruf kann ihm auf die Frage Antwort geben. Referent forderte zur Anstellung dieser Befunde für eine bestimmte Gegend, die Sache des Landwirts, welche in einem bestimmten Bezirk wohnt. Die Landwirtschaftskammer hat neuerdings auch die Unterscheidung von Kartoffeln in ihr Arbeitsgebiet mit aufgenommen, und es ist zu erwarten, daß unsere Landwirte für den Bezug von guten Kartoffeln sorgere Gewand gefestigt wird. Übergehend zur Düngungsfrage besprach der Referent die Düngung der zum Frühjahr anzubauenden Früchte. Glimmstaub empfiehlt er in der Hauptfache als Kropfänger, Ammoniak und Kaltschluff als Grunddünger einige Zeit vor der Bestellung. In feuchten Lagen und in guten Bodenverhältnissen ist dem Glimmstaub schluffelose Ammoniak und Kaltschluff als langsam wirkendes Düngemittel vorzuziehen. Für die Düngung in tieferen Gegenden ist der Schluff zu empfehlen, wenn nicht genügend Schluff zur Verfügung steht. Zum Schluff erweiterte der Referent die Bodenbearbeitungsfrage und ging in besonderen auf das neue Anbauverfahren von Demtschütz ein, wobei er als Einleitung das Verfahren mit den Döberferischen Druckrollen näher besprach. Die Verfahren sind aber noch nicht abgeschlossen und man wird sich vorläufig noch abwarten zu verhalten haben. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall ausgenommen. Eine kurze Besprechung schloß sich an, in der verschiedene Erfahrungen mit Saatgut uvm. mitgeteilt wurden. — Das Stiftungsfest soll am 8. März gefeiert werden. Die Vorbereitungen übernimmt der Vorstand. — Eine Aussprache führte nach der Mittagspause mancherlei Zustand der Maschinen, die aus dem Vereins sind, herbei. Für deren sofortige Reparatur soll Sorge getragen werden. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

** Vor längerer Zeit wurde dem Vaterländischen Frauen-Verein für Merseburg-Land ein Jahrstiftung angeboten. Damals lag keine Nachfrage für einen solchen vor. Heute bittet eine arme Kranke, der die Mittel fehlen, sich einen zu beschaffen, herzlich darum. Dankbar würde der Vaterländische Frauen-Verein demjenigen, der damals den Jahrsstiftung anbot, sein, wollte er ihn noch einmal zur Verfügung stellen, oder, falls er inzwischen anderweit Verwendung gefunden hat, hilft ein Freund unserer Sache, der gekündigten Frau ihre Lebenszeit zu erleichtern.

** Einen zierlichen siebenpündigen Lauch fing am Montag ein hiesiger Fischermeister in der Saale. Der um die jetzige Zeit seltsame Fang ist wohl durch den abnorm hohen Wasserstand zu erklären. Es ist demnach nicht ausgeschlossen, daß der Lauchfang in diesem Jahre auch hier etwas ergiebiger sein wird.

** Sterblichkeits-Statistik. Die in den unteren 10. Februar herausgegebenen Veröffentlichungen des statistischen Gesundheitsamtes zu Berlin befindliche Zusammenstellung der während des Monats Dezember 1909 in den 344 deutschen Städten und Orten mit 100000 und mehr Einwohnern zur festgestellten Anzahl der verstorbenen Sterbefälle ergibt, daß in dem gedachten Monate von je 1000 Einwohnern — aufs Jahr berechnet — verstorben sind: a) Weniger als 15,0 in 158; b) zwischen 15,0 und 20,0 in 139; c) zwischen 20,1 und 25,0 in 41; d) zwischen 25,1 und 30,0 in 11 Orten; e) mehr als 30,7 in keinem Orte. Die geringste Sterblichkeitsziffer hat in dem betr. Monate 65 — Stadt Wittenberg in der Provinz — und die höchste 27,7 — Stadt Ansbach in Bayern — betragen. In den Städten und Orten der Provinz Sachsen sind 16000 und mehr Einwohnern sind von je 1000 verstorben — gleichfalls wie oben aufs Jahr berechnet — im Monat Dezember 1909 verstorben und zwar: in Staßfurt 10,8 — Merseburg 10,8 — Wittenberg 11,7 — Naumburg 11,7 — Halle 12,5 — Magdeburg 13,1 — Braunschweig 13,1 — Nordhausen 13,7 — Quedlinburg 13,7 — Mühlhausen 13,8 — Magdeburg 15,0 — Erfurt 16,1 — Halberstadt 16,6 (ohne Ortstrenden 13,4) — Halle 16,7 (ohne Ortstrenden 12,5) — Jena 16,8 — Eisenberg 17,5 — Weisefels 17,9 — Giebichen 19,9 und in Wittenberg 21,1 Personen. — Die Statistik der Sterblichkeitsziffer hat im Monat Dezember 1909 eine beachtliche, d. h. höhere als ein Drittel der Lebensgeborenen in 7 Orten, unter diesen auch Nordhausen mit 26,4; dieselbe blieb unter einem Zehntel bei 50 Orten. Im ganzen scheint sich der Gesundheitszustand gegenüber dem Vormonate November 1909 gebessert zu haben.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

§ Mücheln, 15. Febr. Gestern feierte das M. Küchenerische Ehepaar hier das Fest der goldenen Hochzeit.

§ Scheidung, 15. Febr. Laut Beschluß der städtischen Behörden soll in diesem Sommer wieder ein städtisches Kinderspiel (das bekannte Volksfest) abgehalten werden. — Ende voriger Woche wurden hier mehrere Einbrüche verübt. Bei einem der Einbrüche wurden die beiden hier gereiften Einbrecher durch Zufall von einem Nachbarbeiter überführt. Fünf alarmierte Bahnarbeiter verfolgten die Spur der flüchtigen Diebe, erwischten letztere in einer Feldscheune und überlieferten sie der Polizei.

Aus vergangenener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 200 Jahren, am 15. Februar, ist Ludwig XV. König von Frankreich geboren, seiner Herrscher, dessen Regierung die französische Revolution vorbereitete, die unter seinem Nachfolger zum Ausbruch kam. Von seinem 5. Jahre an König unter Regierung, war er bereits im

Dem Zimmermann Paul Kops hier
für die Beschäfte eines **Beschleungs-**
Beamten vertretungsweise übertragen
worden.
Merseburg, den 14. Februar 1910.
Der Magistrat.

Bachhaus Verpachtung

Das Gemeindefischhaus zu Aghendorf
soll am
Donnerstag den 24. d. M.,
nachmittags 2 Uhr,
im Schlosse hier selbst öffentlich meist-
bietend verpachtet werden.
Aghendorf, den 12. Februar 1910.
Der Gemeindevorsteher.

Nachlass-Auktion

Sonnabend den 19. Febr. d. J.,
von vormittags 11 Uhr an,
sollen im Grundstück Nr. 13 zu Reußberg
bei Dürrenberg die zum Nachlasse des
Stadtbaumeisters Karl Albert Hofmann
in Merseburg gehörigen
Möbel, Haus- u. Küchen-
geräte, Betten, Wäsche
und Kleidungsstücke
unter den im Termin bekannt zu machenden
Bedingungen öffentlich meistbietend gegen
bare Zahlung versteigert werden.
Die Gegenstände befinden sich in gutem
Zustande. Kaufinteressenten sind hierzu höf-
lich eingeladen.
H. A. Albert Franke.

Nach der obigen Nachlass-Auktion findet
am selbigen Tage
nachmittags 5 Uhr
der Verkauf der
Grundstücke und Pändereien,
die zum obigen Nachlass gehören, im Gast-
hof „Zur Sonne“ in Reußberg unter den
im Termine bekannt zu machenden Be-
dingungen statt. Interessenten und Kauf-
interessenten sind dazu eingeladen.
Die Grundstücke können Tags vorher
besichtigt werden, und haben sich die Be-
treffenden beim Gemeindevorsteher zu mel-
den.
D D

Barriere-Wohnung, 300 Mk., sofort zu
vermieten und 1. April zu beziehen.
Eintrittstraße 19.
Kaufstraße (Schauhaus) in die Barriere-
Wohnung mit Vorgarten, und die 1. Etage
mit Balkon zu vermieten und 1. April zu
beziehen. Zu erfr. neben am Neubau.
Wohnung, 2 Stuben, Kammer und
Küche, sofort zu vermieten und 1. April zu
beziehen. Preis 280 Mark.
Soldatstraße 36. im Laden.

Eine Wohnung, 4 Zimmer, Küche und
Zubehör, sofort zu vermieten und 1. April
1910 zu beziehen.
Gutenbergsstraße 17 II.

Wohnung,
Preis 400 Mark, zum 1. April zu verm.
Neuhäuser Straße 4.

Eine Wohnung, 6 Stuben, 2 Kammern,
Küche und Zubehör, 1. April zu vermieten
Rüders in der Exped. d. Bl.

Wohnung am Markte,
2 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehö-
rer, per 1. April zu vermieten. Zu erfr.
Nordsee-Fischhalle, Entenplan 9.

Sonnige Wohnung
zum 1. Juli von Beamten gesucht im Preise
bis 500 Mk. Offerten unter **Wohnung**
an die Exped. d. Bl.

Freundlich möbliertes Zimmer
gesucht am 1. April von einem Herrn.
Nähe des Doms bevorzugt. Gefl.
Offerten unter **D H 50** an die
Exped. d. Bl.

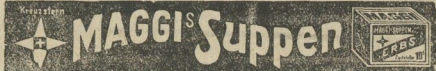
Freundliche bessere Schlafstellen
offen
Am Neumarkt 1, Hinterb.

Wohnhaus
wird zu kaufen gesucht. Karlsrufer, Linden-
straße, Weiße Mauer bevorzugt. Offerten
mit Angabe des Preises bitte unt. **R 100**
in der Exped. d. Bl. niedersulegen.

Kolonial- und Materialwaren-Geschäft
nebst Grundstück in Ammen dorf bei Halle a. S.
zu verkaufen. Agenten werden. Offerten
unter **K M A** an die Exped. d. Bl. erb.

Sehr gutes Arbeitspferd,
von dreien die Wahl, weil übermäßig,
fest zu verkaufen mit voller Garantie bei
Carl Kamprath, Weisenfels,
Lobstraße 19.

Wer Freund einer guten Suppe ist, verwende



in Würfen zu 10 Pf. für 2-3 Zeller Suppe. Nur mit Wasser in
wenigen Minuten zubereiten. Stets frisch in den verschiedensten
Sorten zu haben bei **W. Köttlerzsch,** Gottfriedstraße 11.



Hochzeits-, Bistten, auch Reisetfahren

auf längere Zeit übernimmt und führt
mit erprobtem Pferd- und Wagen-
material aus.
Otto Obenauf, Goldener Löwe.
Telephon 298.



Von Donnerstag den 17. d. M.
ab steht eine Auswahl guter frisch-
mischender

Kühe m. Kälbern

sowie auch schöne
Zuchtbullen

recht preiswert bei mir zum Verkauf.
Hermann Heydenreich,
Crumpa bei Mülcheln. Tel. Nr. 39.

17000 Mark

1. Hypothek gesucht auf Gutschätzung nach
Ammen dorf bei Halle a. S. Mietsvertrag
1400 Mk. Agenten nebst Offerten unter
A M an die Exped. d. Bl.

Jeden Morgen alle Feistanden
tauft frisch zu höchsten Preisen
E. Kiemer jun., Halle a. S.,
Wärmelöhner 101. Tel. 3484.

Ein Fahrrad

billig zu verkaufen **Bräwin Nr. 10.**
Gut erhalt. Kinderwagen mit Gummireifen
zu verkaufen **Gartenstraße 5, 2 Tr.**

Gut erhalt. edles Pelzjackett (See)
für 85 Mark zu verkaufen. Zu erfragen
in der Exped. d. Bl.



Merseburg,
Weissenfelsstr. 9, Tel. 320
Elektr. Lichtbäder.
Erfolgr. Kurverfahren bei
Rheumatismus, Gicht,
Nicht, Influenza, Asthma,
Asthma, Brustleiden, Nerven,
Gut-, Blasen-, Magenleiden.
Täglich auch für Damen
offen. Sonntags 8-1.

Rheumatis-

u. Gicht-Leidenden
telle ich aus Dankbarkeit mitsonst mit,
was meiner lieben Mutter nach jahre-
langen qualvollen Gichtleiden ge-
holfen hat.
Fräulein Marie Grünauer,
Wochen. Wilmersheimstraße 2/II.

Trauerhüte

so einfach bis zum elegantesten em-
pfehle zu billigen Preisen

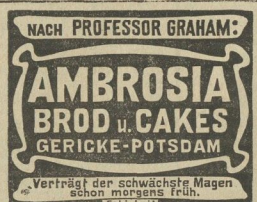
A. Koppmann,
Burgstraße 13 I.

Reines Roggenbrot,
rheinisches Schwarzbrot,
rheinisches Feinbrot,
sowie Neuronatbrot für Zahntrante
empfiehlt
Richard Jensecke,
Ober-Altenburg 22.

Eukalyptus-

Menthol-Bonbon sind gut bewährt
bei Husten, Verschleimung. Ver-
langen Sie aber bitte nur Marke „Farril“
Patent 30 Pf. bei
E. Kleitz, Kaiser-Str., Rostmarkt.

Verantwortliche Redaktion, Druck und
Verlag von Ed. Höpner, Merseburg.



NACH PROFESSOR GRAHAM:
AMBROSIA
BROD u. CAKES
GERICKE-POTSDAM

Verträgt der schwächste Magen
schon morgens früh.

C. L. Zimmermann, Burgstraße.

Süßes echte
Knötterich-
Caramellen
gegen Ungeheuer, Verschleimung,
rauhes Hals, Reuschhusten, für Kinder und
alle Personen unentbehrlich. Bester Schutz
gegen Erhaltung des Halses etc. a. Bafel
25 Pf. allein bei: **Hermann Emanuel,**
Gottfried-Drögerie Merseburg, **W. H. Kiehl,**
Zub. Kurt Apel, W. H. Kiehl,
Drögerie Merseburg, **Rich. Kupper,**
Central-Drögerie Merseburg.

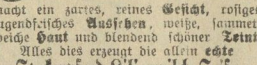
Stimmungen Reparaturen

von Pianos, Flügeln,
Harmoniums
aller Systeme prompt und
sachgemäß.

C. Rich. Ritter
Hof-Pianofabrik,
Halle a. S.

Bildhübsch

macht ein ganzes, reines Gesicht, welches
unabhängig des Aussehens, welche, kommt
weiche Haut und blendend schöner Teint.
Alles dies erzeugt die allein edle
Stedenpferd-Bienenmilch-Seife
von Bergmann & Co. Nadebühl
a. G. 50 Pf. bei: **W. Fuhrmann, W. H. Kiehl,**
W. H. Kiehl, Franz Wirth,
W. H. Kiehl, Reinhold Rieche und
Dom-Apotheke.



Frauenwohl, wirksamster Epil-
Apparat,
komplet mit 3., 4., 5. und 6.,
Hygienische
Bedarfsartikel, neuester
Illustr. Katalog auf
Wunsch gratis, franco, verschlossen und
ohne Nebenben.
warenbesitzer **E. Klappen-**
bach, Halle S., gr. Ulrichstr. 41,
2. Etage vom Kaulenber. Fernr. 2874

Beantwortliche Redaktion, Druck und
Verlag von Ed. Höpner, Merseburg.

Stenographie.

Freitag den 18. Februar
beginnt im oberen Saale des Schützen-
Rehans eine

Umfänger-Kursus

für Damen und Herren. Honorar einchl.
Gebrauchsmittel M. 5.-
Nach ist Gelegenheit zur Erlernung des
Maschinenschreibens
geboten.

Gabelberger Stenographen- Berein Merseburg.

Knappe & Würks
Eukalyptus-Menthol-Bonbons.
Beines Düfte: Lindermittel.
Schwermere Zwillinge
Bafel 50 Pf.

bei **Paul Näher Hn., W. H. Kiehl, Bergmann,**
Reinhold Rieche (Hofstr. Drög.), Friedr.
Franz Berthold, G. Wolf Jul. Commers,
Emil Weidling, R. Schurig
S. Frisch Hg., C. Gander Hg.

14 tote Ratten

findet Herr Landwirt **Capel, Mülcheln,**
nach Anlegen eines **Rattens** **Es ist**
prähig. Bafel 50, 100 Pf. **Meuschen,**
Geflügel, Hauttrocken nicht schädlich, nur
Mäusen, Ratten, Dom-Apotheke,
Merseburg

Gratis- Zugabe.

Bei Einkauf von:
1 Pfd. f. **Melange-Raffee** a Mark
1,68 oder 1 Pfd. f. **entfaltenes Kakao**
a Mark 2,40

verleihe ich so lange Vorrat reicht,
je ein Gegenstand v. folg. Artikeln:
1 f. **Leibee** oder **Zuckerbrot,**
1 eleg. **Wandsticker** od. 1 **Tablisset,**
1 **Schmuckgegenst.** o. **Blattbuttergerl,**
1 **Freihändler** o. **Leinwandmesser,**
1 **großere Tafel Courant-Schokolade,**
1 **Zitronenmesser** od. 1 **Fischgabel.**
Bei 3 Pfd. d. obigen Ware:

ein prächtiges Kochbuch
elegant gebunden mit **Waldschnecke,**
576 Seiten stark. Die Bände kann
auch 1/4 und 1/2 Pfundweise abge-
nommen werden.

Richard Selbmann,
Schokoladen-Fabrik, Hübnerlage,
Gottfriedstraße 23.

Gesangbücher, Schulhornister, Poesie - Albums

empfiehlt in grosser Auswahl zu
sehr billigen Preisen
Kurt Karius, Brühl 4.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Der 2. Familienabend der Altenburg

findet Montag den 21. Februar, abends
7 1/2 Uhr, im „Diosk“ statt.
Der Vorstand

Genossenschaft freier Krankenpflieger im Kriege vom Hohen Kreuz (Zweigverband Merseburg).

Freitag den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
Beginn des neuen theoretischen
Unterrichtskurses
in der Landwirtschaftl. Winterschule
Vorberufliche Anmeldungen sind erwünscht
bei unserem Kommissarführer **W. H. Kiehl**
H. H. Kiehl, Gottfriedstr. Der Vorstand.

Brennlicher Beamtenverein.

Freitag den 18. Februar l. J.,
abends 8 Uhr,
im Saale der „Reichstrone“
Vortrag

des Herrn Kreis-Beamteninspektors **Kreuter** aus
Dachbühl über **Fortbildungen** und **Er-**
schnisse auf einer **Expedition** nach **Ungarn**
in **Nordabesien** mit **Waldschnecke.**
Der Vorstand

Correspondent.

Bezugspreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abnahme von mehr als 100 Exemplaren: bei Bestellung im Voraus durch unsere Vertreter in der Stadt und auf dem Lande außerhalb Deutschlands: durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Verlagsgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Sonntagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalarbeiten ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Rücksende unangelegter Zusendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essig. illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitspaltel oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf. Kleine Anzeigen 25 Pf., auswärts pro Seite 20 Pf., im Fernort 40 Pf. Bei längerer Zeit einzureichender Anzeigen, besonders für Geschäftsstellen und Liebererwerb. Für Wochen- und Monatsanzeigen besondere Berechnung, nach auswärts mit Verlagszuschlag. Erfüllungsort Merseburg. — Annahmestelle für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Kleinere Anzeigen bis höchstens 3 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 40.

Donnerstag den 17. Februar 1910.

36. Jahrg.

Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses begann am Dienstag vormittag ihre Beratungen. Man beschloß, zwei Vorschläge abzugeben. Zunächst wurde über den ersten Satz des freisinnigen Antrages zu § 4 verhandelt, der die Einführung des gleichen Wahlrechts verlangt. Im Zusammenhang damit wurde ein sozialdemokratischer Antrag zur Diskussion gestellt: „Das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab und fordert die Regierung auf, sofort eine neue Vorlage einzubringen, die erstens die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und zweitens eine Neueinteilung der Wahlkreise vorseht.“

Im Verlaufe der Diskussion zog der sozialdemokratische Redner seinen Antrag vorläufig zurück, da dessen Behandlung geschäftsordnungsmäßig an dieser Stelle nicht zulässig erschien. Der freisinnige Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts wurde damit begründet, daß das plutokratische System des preussischen Wahlrechts immer stärker in die Erscheinung getreten ist, so daß sich ja die Vorlage selbst jetzt bemähe, gewisse Auswüchse zu beschneiden. Zunächst führten diese neuen Bestimmungen aber nur neue Ungerechtigkeiten herbei, da jede Hervorhebung eines privilegierten Wählers aus dem Kreise der Gebildeten oder Beamten eine Herabdrückung zahlreicher anderer gegenüberstehe. Wollte man einmal die Minderzahl als Kriterium eines größeren Wahlrechtes hinstellen, so wäre ein vielleicht mit Ach und Krach gemachtes Examen der allerhöchsten Wahlstab. Gewerbetreibende und Arbeiter würden auf das Lebhafte durch die Vorlage in ihren Rechten bedrückt. Der Gerechtigkeit entspreche allein das gleiche Wahlrecht.

Seitens des Redners der Zentrumspartei wurde die Erklärung abgegeben, daß diese einmütig für den freisinnigen Antrag stimmen werde. Redner gab eine Übersicht über die Wahlsysteme in den verschiedenen Ländern, die dem Protokoll angehängt werden soll. Gegen den freisinnigen Antrag sprach der Redner der Konservativen, der auf die im Plenum gegebene Begründung verwies. Der nationalliberale Redner lehnte den Antrag mit dem gleichen Hinweise ab. Bei der Entwicklung des preussischen Staatswesens sei es nicht richtig, das preussische Wahlrecht dem Reichswahlrecht gleich zu gestalten. Auch der konservative Redner bekämpfte den Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts.



lute, sowie gegen Gastwirte richte. Wollte man wirklich in der Wahl den Ausdruck der Stimmung des Volkes und namentlich derjenigen Kreise haben, die schaffend im Leben stehen, so müsse man bei dieser Gelegenheit unbedingt die geheime Abstimmung fordern. Von freikonservativer Seite wurde betont, daß die vorgebrachten Gründe für die Einführung der geheimen Abstimmung nicht schwerwiegend genug seien. Es sei richtig, daß in den Städten in neuerer Zeit die mittleren Klassen und die Gewerbetreibenden bei den Wahlen durch die Sozialdemokratie bedrückt werden. Redner regte an, diesem Uebelstand in anderer Weise entgegenzutreten. Der Redner des Zentrums erklärte kurz, daß seine Partei geschlossen für das geheime Wahlrecht eintreten werde. Die gleiche Erklärung gab der nationalliberale Redner ab. Auch er wies darauf hin, daß sich vielfach neue Abhängigkeitsverhältnisse herausgestellt hätten, und daß heute in weitem Maße der Arbeiter durch seine Organisation mehr geschützt sei, als die Kreise des Mittelstandes. Auch die Parteien, welche bisher an der öffentlichen Wahl festgehalten hätten, würden sich nichts vergeben, wenn sie angesichts der veränderten Verhältnisse für die geheime Wahl stimmen würden. Der Regierungsdirektor erklärte, daß die Staatsregierung an der Erklärung des Ministerpräsidenten im Plenum mit Entschiedenheit festhalte. Für die öffentliche Wahl erklärte sich der Vertreter der Konservativen. Der sozialdemokratische Redner betonte den scharfen Druck, der von oben ausgeübt werde. Seitens des freisinnigen Redners seien Beweise für den Druck von Seiten der Sozialdemokratie nicht erbracht. Richtig sei, daß die Sozialdemokraten von den Gewerbetreibenden, bei denen sie laufen, verlangen, daß sie nicht gegen die Interessen der Arbeiter stimmen. Dazu gehörten gar keine Organisationen des Boykotts mehr, der Arbeiter wisse bereits selbst, was er in dieser Sache zu tun habe. Der Standpunkt der Konservativen sei ein rein egoistischer. Der polnische Vertreter schloß sich den freisinnigen Ausführungen an. In Oberschlesien sei gerade auch der Arbeiter in der Industrie und der Gewerbetreibenden von dem Druck von oben beeinflusst. Ein freisinniger Redner erwiderte dem Sozialdemokraten, daß dieser ja in seiner eigenen Rede Beweise für den sozialistischen Terrorismus gegeben habe. Außerdem sei ja bekannt, daß sich die Vorherrschaft der sozialistischen Frauenbewegung direkt zu dem Terrorismus bekannt haben. Die Abstimmung ergibt die Annahme des freisinnigen Antrages auf Einführung der geheimen Abstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen. Für den Antrag stimmten geschlossen die freisinnigen Nationalliberalen, das Zentrum, der Sozialdemokrat und der Pole.

Hierauf trat eine Mittagspause ein. Am Nachmittag wurde zu § 8 ein Antrag des Zentrums, welcher die Grenze der Wählbarkeit vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabsetzen will, mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde der Vorschlag der Regierung erörtert, an Stelle der bisherigen indirekten Wahl die direkte Wahl zu setzen. Die Konservativen haben hierzu den Antrag eingebracht, daß die Abgeordneten, wie bisher, von Wahlmännern gewählt werden sollen. Der Redner der Konservativen lehnte es ab, an den Grundlagen des bisherigen Wahlrechts zu rütteln. Der Regierungsdirektor verteidigte die Vorschläge des Entwurfs. Einem Wunsch der konservativen gemäß wurde nach längerer Debatte über diese Frage vorerst nicht abgestimmt, da die Konservativen erklärten, daß der Weitergang der Beratung für sie erst die Entscheidung bringen werde, ob sie sich für die direkte oder indirekte Wahl stimmen können.

Hierauf wurden die Verhandlungen am Donnerstag vormittag vertagt, an welchem Tage die Plenarsitzung ausfällt. Die Kommission wird beim Plenum beantragen, daß auch in der nächsten Woche der Dienstag und Donnerstag für die Sitzungen der Kommission frei bleiben.

Zur Wahlrechtsvorlage.

In Hirschberg fand kürzlich eine große liberale Versammlung statt, in der einstimmig folgende Reso-

lution angenommen wurde: „Die am 11. Februar in Hirschberg überaus zahlreich versammelten liberalen Wähler aus Stadt und Land sind empört und entrüstet über die den politischen Herzschmerzgefühlen einer kleinen Minderheit des Volkes entsprechenden Wahlrechtsvorläge der preussischen Regierung. Sie empfinden die in der Vorlage angeführten „Gründe“ für die Beibehaltung der aller politischen Moral hochsprechenden öffentlichen Stimmabgabe gerade als eine Verpöschung des nahezu einmütigen dringenden Verlangens des Volkes nach geheime Stimmabgabe. Ein Wahlrecht, von dem die große Mehrheit des Volkes nicht frei und ohne schwere Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz Gebrauch machen kann, ist völlig wertlos, entredet die Massen und gibt nur ein Zerrbild der wahren Stimmung des Volkes. Nicht minder verwerflich, als die Stimmabgabe zu Protokoll, ist die von der Regierung vorgesehene Schaffung neuer Privilegien und die durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung vereinzelter willkürlich herausgehobener Bevölkerungsklassen. Sie bestärkt, daß dadurch der Klassenzerklüftung und Klassen Verhöhnung des Volkes noch weiter Vorschub geleistet wird. Die Verammelten erblicken in der Vorlage, die auch sonst die Forderungen der liberalen Bevölkerung fast völlig unberücksichtigt läßt, eine Verschlechterung des herrschenden Wahlrechts und empfehlen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des Landtages deshalb, die Vorlage gütig zu verwerfen.“

In Herzberg tagte am Sonntag eine von dem Verein Waldes einberuene und von etwa 500 Personen besuchte Versammlung, in der Herr Herr Schüler aus Charlottenberg über die Wahlrechtsfrage sprach. Die Versammlung legte scharfen Protest gegen die Vorlage ein und beschloß einstimmig folgende Resolution: „Die Versammlung protestiert gegen die preussische Wahlrechtsvorlage, da sie nur ein Zerrbild der berechtigten Forderungen des preussischen Volkes bietet.“ — Der anwesende nationalliberale Reichstagsabg. Dr. Conze erklärte sich in einer Rede mit der Resolution vollständig einverstanden.

Der Verein der Freisinnigen Volkspartei zu Dortmund nahm dieser Tage zur preussischen Wahlrechtsvorlage nach einem Referat des Vorsitzenden Justizrat Dopner einstimmig folgende Resolution an: „Der Verein der Freisinnigen Volkspartei Dortmund erwidert die freisinnigen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses, bei Beratung der Wahlrechtsreformvorlage vor allen Dingen dahin zu wirken, daß die geheime Stimmabgabe und eine der Bevölkerungsumahme und Bewegung entsprechende Einteilung der Wahlkreise in die Vorlage Aufnahme findet, sowie eine gerechtere Klassifizierung der Wähler — sofern eine solche überhaupt nicht zu umgehen ist — eintritt; die Vorlage ist rundweg abzulehnen, wenn diesen Forderungen nicht entsprochen werden sollte.“

In Eberswalde sprach in einer gut besuchten Versammlung Herr Landtagsabg. Dr. Schupp über die Einigung und Aufgaben der freisinnigen Parteien. Den Hauptpunkt nahm natürlich dabei die Wahlrechtsfrage ein. Den Entwurf der Regierung bezeichnete der Redner als unannehmbar. Nach dem mit lebhafte Beifall aufgenommenen Vortrag wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierungsvorlage für jeden Liberalen als unannehmbar bezeichnet wurde und neben der Neueinteilung der Wahlkreise besonders die Einführung der geheimen Abstimmung gefordert wurde.

In einer nationalliberalen Versammlung zu Breslau betonte Abg. Baasche, daß er die Wahlrechtsvorlage ohne weiteres ablehnen würde. Die Forderung der geheimen Wahl müsse aufrecht erhalten werden, wenn man auch das Reichswahlrecht für Preußen nicht erhalten werde. Ein der jetzigen Wahlrechtsvorlage sollte man eine wirkliche Besserung herbeiführen, damit der Sozialdemokratie in diesem wasserreichen Winter nicht noch mehr Wasser auf die Mühlen geliefert wird.